

01.03.2010

Muslime in Niedersachsen zwischen Politik und Glauben

Monatliche Kolumne von Filiz Polat in der IMAJ, Februar 2010

Die Welt hat sich nach dem 11. September 2001 vollkommen verändert. Das hat sich zumindest auch mit dem neu angebrochenen Jahrzehnt nicht geändert. Das öffentliche Interesse am Islam und am Leben der Muslime nimmt seitdem stetig zu. Betrachtet man allein Fernseh- und Rundfunkprogramme oder die zahlreichen politischen Diskussionsveranstaltungen (auch dieser Artikel gehört dazu), die praktisch jedem in seiner unmittelbaren Umgebung geboten werden, so kann ohne große Übertreibung behauptet werden, dass die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem Islam in all seinen Facetten omnipräsent ist.

Dabei ist der gesellschaftliche Diskurs geprägt von einer großen Verunsicherung gegenüber dem (politischen) Islam. Dabei spreche ich sowohl von Nichtmuslimen als auch Muslimen. Für die einen ist es im Wesentlichen der "Kampf der Kulturen", für die anderen die "Islamisierung des Staates". Darüber hinaus spielt die Bekämpfung des "islamistischen Terrorismus" eine nicht unwesentliche Rolle für eine zusätzliche Argumentationsgrundlage im Gesamtdiskurs. Erschwerend kommt hinzu, dass in der Debatte zumeist alle Muslime in einen Topf geworfen werden. Der Islam wird in seinen verschiedenen Ausprägungen verkürzt und pauschal dargestellt. In Niedersachsen kann man die verschiedenen Aspekte des gesellschaftlichen Diskurses sehr deutlich an Hand verschiedener Projekte der Landesregierung zeigen. Auf der einen Seite versucht Politik dem Islam auf Augenhöhe zu begegnen, in dem es einen intensiven Dialog mit Vertreterinnen der verschiedenen Gemeinden anbietet. Darunter fällt natürlich auch das Angebot der Einführung eines konfessionellen islamischen Religionsunterrichtes an niedersächsischen Schulen. Auf der anderen Seite werden durch Kontrollen vor Moscheen während des Freitaggebetes oder durch die Einrichtung eines Beraterkreises "Integration von Muslimen" Muslime einer Sonderbehandlung zu geführt, die den Anschein erweckt Muslime müssen in unserer Gesellschaft besonders kontrolliert, beäugt und integriert werden. Hieran erkennt man auch eine große Verunsicherung von Politik im Umgang mit Muslimen. Gleiches gilt natürlich auch für die andere Seite. Wer will sich als Ansprechpartner der Muslime für die Politik profilieren. Wer repräsentiert welche Muslime und wie viel gesellschaftlichen Einfluss will man als Religionsgemeinschaften verschiedenster Ausrichtung erreichen? Die Verunsicherung und Angst in der hiesigen Gesellschaft kann aus meiner Sicht nur von beiden Seiten gelöst werden. Wir brauchen selbstbewusste, repräsentative Religionsgemeinschaften, die ihre Forderungen transparent und offen formulieren und eine ehrliche Politik auf Augenhöhe, die nicht mit gespaltener Zunge den Muslimen gegenüber tritt.